



NEWSLETTER

Gemeinsam für unsere Heimat



Prof. (Univ.Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

Patienten- u. Pflegebeauftragter der Bayer. Staatsregierung, Pflegepolitischer Sprecher, Frankensprecher

Wolfgang Hauber, MdL Innenpolitischer Sprecher

(Archivfoto)

Unsere Woche im Bayerischen Landtag

17. Mai - 23. Mai 2021

Liebe Leserinnen und Leser,

mit Entsetzen haben wir vergangene Woche die Fernsehbilder von Raketenangriffen aus dem Gazastreifen auf Israel verfolgt. Bisher hat die dafür verantwortliche radikalislamische Terrororganisation Hamas etwa 4.000 Geschosse auf Israel abgefeuert – eine Waffenruhe ist trotz internationaler Bemühungen leider noch immer nicht in greifbarer Nähe. Statt einer weltweiten Welle der Solidarität mit den Israelis müssen wir verstört zur Kenntnis nehmen, wie in vielen Städten Deutschlands für den Aggressor demonstriert wird. Und noch schlimmer: wie ein entfesselter Mob seinem Hass auf Juden freien Lauf lässt.

Diese gespenstischen Szenen auf deutschen Straßen halten uns deutlich vor Augen: Antisemitismus verkörpert ein gesamtgesellschaftliches Problem, das in allen sozialen Schichten anzutreffen ist. Jeder einzelne Übergriff auf Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens stellt einen Angriff auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. **Deshalb haben wir am 19. Mai mit unserer Resolution „Antisemitismus entschieden bekämpfen!“ ein klares Bekenntnis für aktives jüdisches Leben in Bayern abgegeben** – signiert von allen demokratischen Fraktionen im Bayerischen Landtag nach einer Pressekonferenz. Die **Resolution wurde bereits einen Tag später als Dringlichkeitsantrag in den Bayerischen Landtag eingebracht und verabschiedet.** Über die Eckpunkte des Dokuments und konkrete Maßnahmen zum Kampf gegen Antisemitismus lesen Sie auf der nächsten Seite mehr.

Rückblick



Starkes Zeichen gegen Judenfeindlichkeit: FREIE WÄHLER-Fraktion initiiert Resolution gegen Antisemitismus

Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag verurteilen Antisemitismus in allen seinen Erscheinungsformen aufs Schärfste. Deshalb haben wir ein starkes Zeichen gegen Judenfeindlichkeit gesetzt: In unserer Resolution „Antisemitismus entschieden bekämpfen!“ verpflichtet sich der Bayerische Landtag unter anderem, jeglicher Form von Antisemitismus mit aller Konsequenz und Entschlossenheit entgegenzutreten. Gerade angesichts der jüngsten Vorfälle in Zusammenhang mit der eskalierenden Gewalt im Nahen Osten zeigt sich, dass extremistische und judenfeindliche Handlungen auch im Freistaat ein rasch wachsendes Problem sind. Dagegen gilt es zielstrebig und mit vereinten Kräften vorzugehen. Unsere klare Botschaft: Jüdinnen und Juden besitzen ebenso wie jeder andere Mensch im Freistaat das Recht, sich ohne Furcht bewegen und offen ihren Glauben leben zu können. Dies ist in keiner Weise verhandelbar. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion stellt sich daher entschieden an die Seite ihrer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Bayern. Ein starkes und vielfältiges jüdisches Leben ist und war immer fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Es festigt den Zusammenhalt aller Menschen verschiedener Religionen in Bayern, Deutschland und Europa sowie sämtlichen Teilen der Welt. Bei der Bekämpfung von Antisemitismus handelt es sich deshalb um ein Anliegen von höchster Priorität.

- Die Pressekonferenz vom 19. Mai können Sie sich auf [YouTube](#) noch einmal ansehen.
- Den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag im Wortlaut finden Sie [hier](#).
- Sehen Sie zu diesem Thema auch den [Wochendurchblick](#) unseres Fraktionsvorsitzenden Florian Streibl.

„Freiheitliche Debattenkultur“: Die heuchlerische Aktuelle Stunde der AfD

Die Rechten im Landtag forderten in der Aktuellen Stunde „**Freiheit in Netz und Medien – für eine offene und freiheitliche Debattenkultur**“ etwas, was wir demokratische Kräfte seit Jahrzehnten hochhalten und sie selbst abschaffen wollen. **Denn Deutschland gewährleistet mit seinem liberalen Grundgesetz ein auch im weltweiten Vergleich unerreichtes Maß an Freiheit in Netz und Medien.** Unsere offene Medienlandschaft zeigt: Meinungs- und Pressefreiheit gehören in unserer Demokratie zu den wichtigsten Grundrechten, die es zu bewahren und zu schützen gilt. **Wie kostbar Meinungs- und Pressefreiheit sind, zeigt ein Blick in andere Staaten, in denen Menschen wegen der Äußerung ihrer Meinung verfolgt werden.** Das sollte auch die rechte Fraktion im Landtag zu würdigen wissen. Doch wer eine freiheitliche Debattenkultur fordert und gleichzeitig die Erhöhung des Rundfunkbeitrags stoppt, um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu schwächen, macht sich unglaubwürdig.

Und noch etwas: Meinungsfreiheit endet dort, wo Diskriminierung anderer beginnt und das Gesagte oder Geschriebene mit Unwahrheiten vermischt wird. Sie darf kein Deckmantel für Hass und Hetze sein. **Wer hetzt und beleidigt, muss dafür auch zur Rechenschaft gezogen werden.** Unter Ausnutzung der Meinungsfreiheit in Deutschland werden leider immer wieder Unwahrheiten verbreitet – mit dem Ziel, unsere Demokratie zu destabilisieren. Das dürfen wir nicht klaglos akzeptieren, sondern müssen mittels eines starken Bildungssystems dagegen angehen. Für uns steht fest: Die Aktuelle Stunde der AfD war eine der heuchlerischsten, die der Bayerische Landtag je gesehen hat.

Wir fordern eine unbürokratische Lösung für den digitalen Impfnachweis

Noch im laufenden Quartal soll der digitale Impfpass einsatzbereit sein. Doch hat der Chaos Computer Club bereits auf eklatante Sicherheitslücken entsprechender Apps hingewiesen. **Über einen Dringlichkeitsantrag forderte die FREIE WÄHLER-Fraktion die Staatsregierung deshalb am Donnerstag im Plenum auf, sich auf Bundesebene für eine unbürokratische, aber gleichzeitig fälschungssichere Ausgestaltung des Impfnachweises einzusetzen.** Entscheidend ist, **dass der elektronische Impfnachweis so schnell wie möglich zum Einsatz kommt.** Jedoch darf bei einer raschen Lösung keinesfalls der Datenschutz außer Acht gelassen werden. Denn genauso wichtig ist, dass der elektronische Impfnachweis auch mit der höchsten fälschungssicheren Sicherheitsstufe ausgestattet ist. Es wäre fatal, wenn man sich den Eintrag im analogen Impfpass mittels Bildbearbeitungsprogramm selbst zusammenbasteln könnte. Die Möglichkeit, als Ungeimpfte und Ungetestete und im schlimmsten Fall als Infizierte zu einer weiteren Verbreitung des Virus und seiner Mutanten beizutragen, wäre ein gewaltiger Rückschritt in der Pandemiebekämpfung. **Wichtig ist außerdem, dass Arztpraxen durch den elektronischen Impfnachweis kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand aufgebürdet wird.** Die Hausärztinnen und Hausärzte stemmen neben ihren üblichen Aufgaben schon die Corona-Impfungen. **Wenn jetzt noch die Ausstellung der digitalen Nachweise hinzukommt, muss gewährleistet sein, dass dieser zusätzliche Arbeitsschritt möglichst praktikabel und unbürokratisch vonstattengeht.**

Keine simple hälftige Teilung der CO2-Preis-Kosten

Vermieter sollen künftig 50 Prozent der CO2-Preis-Kosten tragen – so ein Vorschlag der Bundesregierung in der vergangenen Woche: **Dass diese Belastungen zugunsten eines besseren Klimaschutzes zu gleichen Anteilen zwischen Mietern und Vermietern gesplittet werden sollten, ist zwar gut gemeint, aber nicht gut gemacht. Eine pauschale Kostenteilung geht an der Lebensrealität vieler Mietverhältnisse vorbei.** Ein Mieter kann eine Wohnung, die ihm nicht gehört, nicht sanieren, um so den CO2-Ausstoß zu verringern. Gleichzeitig hat der Wohnungseigentümer keinen Einfluss auf das Heizverhalten des Mieters, selbst wenn er ein Haus oder eine Wohnung mit hohem Standard energetisch saniert hat. Eine hälftige Kostenteilung **verhindert im schlimmsten Fall Investitionen in neuen Wohnraum.** Daher braucht es effiziente und effektive Vorschläge, die berücksichtigen, **in welchen Zeiträumen Mieter und Eigentümer handeln können, um Treibhausgasemissionen zu senken.** Auch gilt es zu klären, wie Belastungen und Anreize im zeitlichen Verlauf gerecht zwischen Mietern und Vermietern aufgeteilt werden können. Oberstes Ziel muss dabei sein, die Maßnahmen zum Klimaschutz so auszugestalten, dass sie von den jeweiligen Zielgruppen mit einem realistischen Zeithorizont umgesetzt werden können. **Klimaschutz braucht gesellschaftliche Akzeptanz!**

Hauber im Gespräch: Erläuterung der Regeln für Gewässerrandstreifen durch das Wasserwirtschaftsamt Ansbach

MdL Hauber: „Es ist wichtig, dass hier klar kommuniziert wird, damit auch unsere Landwirte Planungssicherheit erhalten. Ich bin dem Wasserwirtschaftsamt Ansbach für die vorbildliche Arbeit sehr dankbar.“

Weißenburg i. Bay. Gemeinsam mit einem Team des Wasserwirtschaftsamtes Ansbach rund um Herrn Thomas Keller besuchte der Abgeordnete Hauber verschiedene Gewässerrandstreifen rund um Weißenburg.



Seit dem 01. August 2019 sind in Bayern neue Regelungen bezüglich der Gewässerrandstreifen in Kraft getreten. Dies folgte aus dem Volksbegehren „Rettet die Bienen“. So heißt es nun in Art. 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Bayerisches Naturschutzgesetz, dass eine garten- oder ackerbauliche Nutzung entlang natürlicher oder naturnaher Bereiche fließender oder stehender Gewässer, in einer Breite von mindestens 5 Metern von der Uferlinie, verboten ist. Mit den Fragen, was genau ein Gewässer ist und wann Gewässerrandstreifen nicht

einzuhalten sind, hat sich das Wasserwirtschaftsamt Ansbach intensiv beschäftigt und wurde als eines von dreien Pilotämtern erkoren. Die genauere Definition, ob ein Randstreifen vorhanden sein muss oder nicht, wird gerade vom Wasserwirtschaftsamt in einer Gewässerrandstreifenkulisse für den Landkreis

Weißenburg-Gunzenhausen erarbeitet. Bis Ende des Jahres soll diese dann abgeschlossen sein.

„Durch die Erläuterungen und das umfangreiche Fachwissen der Mitarbeiter:innen des Wasserwirtschaftsamtes konnte ich mir ein sehr gutes Bild von der derzeitigen Situation bezüglich der Gewässerrandstreifen in Weißenburg und Umgebung machen,“ so Hauber. Der Abgeordnete erläutert weiter: „Es ist wichtig, dass hier klar kommuniziert wird, damit auch unsere Landwirte Planungssicherheit erhalten. Ich bin dem Wasserwirtschaftsamt Ansbach für die vorbildliche Arbeit sehr dankbar.“

Es ist festzustellen, dass das Gesetz bereits in Kraft getreten ist und an klar erkennbaren Gewässern bereits ein Gewässerrandstreifen vorhanden sein muss. Durch diese Randstreifen werden unsere Gewässer geschützt und eine ökologische Aufwertung wird ermöglicht, daher ist dies ein wichtiger Beitrag zum Erhalt unserer Natur und zum Schutz der Biodiversität in Bayern.



Nachbesserung des Polizeiaufgabengesetzes erfolgreich umgesetzt

Im Ausschuss für Kommunale Frage Innere Sicherheit und Sport fand am 1. Mai eine Expertenanhörung zu dem Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften statt. Diese hat uns FREIEN WÄHLERN im Bayerischen Landtag erneut gezeigt, wie wichtig und richtig es war, die Ergebnisse

der von der Staatsregierung eingesetzten unabhängigen Expertenkommission zur Begleitung des neuen Polizeiaufgabengesetzes evaluieren zu lassen und diese Empfehlungen auch umzusetzen. Bereits im Jahr 2018 hatten wir uns als Oppositionsfraktion für eine Entschärfung der Novelle stark gemacht. Daher freuen wir uns sehr, dass wir dieses Ziel nun in Regierungsverantwortung durchgesetzt und auf Grundlage einer fundierten Expertenempfehlung deutlich nachgebessert haben.

Freistaat unterstützt seine Kommunen mit erheblichen finanziellen Mitteln im Bereich der kommunalen Hochbaumaßnahmen

Im Jahr 2021 wird ein neues Rekordniveau von 650 Mio. € erreicht.

Weißenburg i. Bay. / Sachsen b.A. / München. Der Freistaat unterstützt seine Kommunen mit erheblichen finanziellen Mitteln aus dem kommunalen Finanzausgleich. Aufgrund des weiterhin vorhandenen hohen Investitionsbedarfs der Kommunen wurde der Haushaltsansatz für

die Förderung kommunaler Hochbaumaßnahmen im Jahr 2021 erneut um 50 Mio. auf jetzt insgesamt 650 Mio. erhöht, was ein neues Rekordniveau darstellt.

Dies berichten die beiden mittelfränkischen Landtagsabgeordneten der FREIEN WÄHLER, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer aus Sachsen b. Ansbach und Wolfgang Hauber aus Weißenburg. Der Freistaat fördert hierbei insbesondere kommunale Hochbaumaßnahmen an öffentlichen Schulen und Kindertageseinrichtungen.

MdL Dr. Bauer sieht den erfolgreichen Weg der FREIEN WÄHLER in der Regierungskoalition weiter fortgesetzt: **„Wir setzen trotz der bestehenden Corona-Pandemie weiter die im Koalitionsvertrag festgelegten Inhalte erfolgreich um. Neubauten, Erweiterungen und Sanierungen von Kindertagesstätten, Kindergärten bzw. Kinderkrippen und Schulen aller Arten sind als Infrastrukturmaßnahmen nicht nur notwendig, sondern eine wichtige Voraussetzung, um unsere kinder- und familienfreundliche Politik zu realisieren. So erhält beispielsweise die Gemeinde Sachsen b.A. für die Generalsanierung der Sporthalle der Rusam-Grundschule und für den Neubau einer Kindertagesstätte fast 680.000 €. Die Stadt Ansbach erhält für verschiedene Projekte 778.000 € und der Landkreis Ansbach 2.029.000€.“**

Auch der Weißenburger Landtagsabgeordnete Wolfgang Hauber ist sehr erfreut über das diesjährige Ergebnis: **„In meinem Stimmkreis Ansbach Süd, Weißenburg – Gunzenhausen erhalten 37 kommunale Einrichtungen insgesamt über 15,3 Mio. Euro an Zuweisungen, um die Infrastruktur zu verbessern bzw. zu erweitern. Das sind nochmals 1,6 Mio. € mehr als im letzten Jahr, wo die Förderung bereits verdoppelt wurde. In meine Heimatstadt Weißenburg fließen über 3,3 Mio. €. Auch die Stimmkreise Nürnberger Land mit über 8,6 Mio. € und Roth mit 7,4 Mio. € erhalten hohe Förderungen. Insgesamt betrachtet können wir hier in der Region mit diesen Zuweisungen viele Bauprojekte in den Kommunen erfolgreich umsetzen. Dies wieder ein Beweis dafür, dass wir zu Recht eine Familien-Koalition sind.“**

Marktposition bayerischer Landwirte stärken – regionale Vermarktungsstrukturen ausbauen



Nachhaltig, smart, fair – so sieht für uns die Landwirtschaft der Zukunft aus! Doch wie können wir die Agrikultur in Bayern gezielt stärken? Unsere Landwirtschaft steht aktuell vor vielen Herausforderungen. Bürger fordern zunehmend hochwertige regionale Lebensmittel. Gleichzeitig müssen Landwirte immer höhere Anforderungen meistern, wenn es um Tierwohl, Klimaschutz, Wasser- und Artenschutz geht. Auch Einzelhandel und internationaler Wettbewerb üben einen hohen Preisdruck auf unsere Agrarbetriebe aus. **Ziel von uns FREIEN WÄHLERN im Landtag ist es daher, die Marktposition der bayerischen Landwirtschaft zu stärken. Hierzu benötigen wir noch besser ausgebaute regionale Vermarktungsstrukturen.**

Landwirtschaft ist ein entscheidender Faktor beim Erhalt von Biodiversität sowie beim Klimaschutz – das muss einer zunehmend städtisch geprägten und sich vom Landleben entfremdenden Gesellschaft deutlich werden. **Hier ist es notwendig, Verständnis und Wertschätzung für unseren Berufsstand wieder zu stärken. Mit unserem „Bayerischen Aktionsbündnis Ländlicher Raum“ und der Vermittlung von Alltagskompetenz versuchen wir FREIEN WÄHLER im Landtag genau das zu vermitteln. Unser Ziel ist es, die typisch bayerische kleinstrukturierte und familiengeführte Landwirtschaft zu erhalten.**

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein erholsames Wochenende und schöne Pfingsten! Bitte bleiben Sie gesund.



Kontakt und Impressum

Wolfgang Hauber, MdL

Abgeordnetenbüro

Bahnhofstraße 19, 91781 Weißenburg

Tel.: 09141 / 99 70 170

Email: wolfgang.hauber@fw-landtag.de

Homepage: www.mdl-wolfgang-hauber.de

Facebook:

www.facebook.com/hauberwolfgang/

Instagram:

www.instagram.com/hauberwolfgang/

Twitter: www.twitter.com/@HauberHauwei

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

Abgeordnetenbüro

Weinbergstr. 47, 91623 Sachsen b. Ansbach

Tel.: 09827 – 207585, Fax: 09827 – 207586

Email: peter.bauer@fw-landtag.de

Homepage: www.frankensprecher.de

Facebook:

www.facebook.com/PeterBAUER.Frankensprecher

Instagram:

www.instagram.com/peterbauerfrankensprecher

↳

Twitter: www.twitter.com/@frankensprecher

Sollten Sie Fragen, Wünsche, Kritik oder gerne auch Lob haben, melden Sie sich gerne bei uns. Wenn Sie ein Problem vor Ort haben oder eine Veranstaltung planen, kommen Sie gerne auf uns zu.

Sollten Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, antworten Sie einfach auf diese E-Mail!

Copyright © Wolfgang Hauber, MdL

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich für Informationen rund um den Landtagsabgeordneten Wolfgang Hauber interessieren.

